

INHALT

Fotografien als historische Quelle	6
1. „Boykott“ in Berlin	14
2. Ausgrenzung und Demütigung in Norden	20
3. Pogrom in Baden-Baden	28
4. Ghettoisierung in Kutno	37
5. Deportationen aus Marseille	46
6. Mord in Auschwitz	54
Literaturverzeichnis	62

1. „BOYKOTT“ IN BERLIN



Foto 1.1 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM). Photo Archive, Photo Nr. 78589.

WOHER KOMMT DAS FOTO?

Das vorliegende Foto stammt von einem unbekanntem Fotografen und wurde für die international arbeitende Presseagentur „New York Times Wide World Foto“ angefertigt. Diese Agentur, die für die *New York Times* arbeitete, hatte in den 1920er Jahren eine Filiale in Berlin eröffnet, die allerdings 1935 geschlossen werden musste, da sie den Nationalsozialisten als jüdisch galt. Das Foto wurde am 1. April 1933 in Berlin aufgenommen, doch – wohl wegen der Postlaufzeit – erst am 12. April 1933 in einem Artikel „More moderation is shown by the Nazis“ (Die Nazis zeigen mehr Zurückhaltung) in der *New York Times* veröffentlicht. Die Bildunterschrift lautete: „Crowd in front of a boycotted Berlin store; with Nazi guards on duty. The poster on the window, translated, reads: ‚Germans! Awake! Do not buy from Jews‘“ Es ist unklar, ob es sich bei dem Fehler in der Übersetzung („Wehrt Euch“ als „Awake“) um eine Unachtsamkeit oder eine bewusste Auslassung handelt. Sicher ist aber, dass das Foto in der internationalen Presse einige Verbreitung fand und am 23. April 1933 sogar in der niederländischen Kolonialzeitung *De Indische Courant* – in Surabaya (im heutigen Indonesien) – veröffentlicht wurde.

Das Foto ist heute unter anderem im Archiv des United States Holocaust Memorial Museum in Washington überliefert.

WAS WAR GESCHEHEN?

Besonders nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 verübten durch den Wahlsieg aufgeputschte SA-Männer überall im Deutschen Reich gewalttätige Übergriffe auf politische Gegner und auf Juden. Hierüber berichteten die internationalen Zeitungen ausführlich und mit verstörenden Details. Die wenigen Fotos von Gewalt, die aus dem Deutschen Reich ins Ausland gelangten, wurden vielfach abgedruckt.¹ Trotz verschiedener Aufrufe, auch von Adolf Hitler, ließ die Gewalt nur wenig nach, sodass es zu besorgten Diskussionen im Kabinett kam. Am 25. und 26. März traf sich Hitler deshalb mit dem neu ernannten Minister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, und mit dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister Wilhelm Frick, um konkrete Maßnahmen zu vereinbaren, die den gewalttätigen antisemitischen Druck in gleichsam geordnete Bahnen lenken sollten. Beschlossen wurde einerseits, den „Boykott“, von als jüdisch erachteten Unternehmen, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen zu implementieren und andererseits, ein Gesetz zum Ausschluss der Juden aus der Beamtenschaft vorzubereiten. Die wirtschaftliche Diskriminierung der Juden wurde als berechtigte Reaktion auf die negative Berichterstattung in der ausländischen Presse ausgegeben, die als „Lügenpresse“ diffamiert wurde. Aus der antisemitischen Perspektive der Nationalsozialisten schien klar, dass sich hinter den besorgniserregenden Berichten in den ausländischen Zeitungen Juden verbergen mussten. Strafte man nun die Juden in Deutschland, so das rassistische Argument, würden die Juden in den Redaktionen der Zeitungen der Welt aufhören negativ zu berichten.

Organisiert wurde der reichsweite „Boykott“, der eigentlich eine Blockade war (siehe Infobox), von dem radikalen Antisemiten und NS-Gauleiter von Franken, Julius Streicher, der auch die niederträchtige Zeitschrift *Der Stürmer* herausgab. Streicher gab keine eindeutige Definition der zu blockierenden Unternehmen, Kanzleien und Praxen vor. In den am 29. März 1933 veröffentlichten Richtlinien, die mit Hitler abgestimmt waren, hieß es nur allgemein, dass

Unternehmen, die sich in „Judenhänden befinden“ zu „boykottieren“ seien. Ausdrücklich wurde aber darauf hingewiesen, dass „katholisch oder protestantisch getaufte Geschäftsleute oder Dissidenten jüdischer Rasse im Sinne [der] Anordnung ebenfalls Juden sind“.² In den „Boykott“ sollten außerdem Unternehmen einbezogen werden, in denen der Ehepartner des Unternehmers jüdisch war.³ Wie genau Juden also zu definieren seien, wurde ebenso wenig eindeutig beantwortet wie die Frage, wann ein Unternehmen in „jüdischen Händen“ sei. Dies war bei kleinen Familienbetrieben vielleicht klar, aber wann sollte beispielsweise eine Aktiengesellschaft oder eine GmbH „boykottiert“ werden? Diese Entscheidungen blieben dem Gutdünken der NS-Ortsgruppen und SA-Stürmen vor Ort überlassen. Besonders in größeren Städten führte dies dazu, dass am 1. April 1933 auch vor Unternehmen Posten aufzogen, die gar nicht, oder nicht mehr „jüdisch“ waren, aber vielleicht einen Namen trugen, den die SA-Männer für jüdisch hielten.

Im so genannten Boykott am Samstag, den 1. April 1933 inszenierte die NSDAP die SA als friedliche Posten vor jüdischen Geschäften. So sollte von den Terror- und Gewaltaktionen der SA abgelenkt und der Ächtung der jüdischen Gewerbebetriebe der Anschein von Legitimität und Ordnung verliehen werden. Fast alle deutschen Zeitungen, die ja inzwischen schon unter dem Einfluss des NS-Regimes standen, lobten so die „Disziplin“, welche die SA-Posten an den Tag gelegt hätte. Um auch die Weltöffentlichkeit zu erreichen, nutzte die NSDAP in Berlin, wo besonders viele ausländische Journalisten ansässig waren, auch zweisprachige (deutsch/englische) Poster. Dies hatte jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Denn die ausländischen Zeitungen verurteilten die Aktion fast einhellig.⁴



Foto 1.1 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM). Photo Archive, Photo Nr. 78589.

WAS IST IM DETAIL ZU SEHEN?

Aus überhöhtem Blickwinkel – also wahrscheinlich von einem Fotografentreppten – ist eine von Menschen umlagerte Filiale der Hemdenmatz GmbH zu sehen. Diese 1922 gegründete Berliner Firma hatte trotz der großen Wirtschaftskrise, die maßgeblich zum Erfolg der NSDAP beigetragen hatte, expandieren können und stand auch deshalb im Fokus des „Boykotts“. Die hier gezeigte Filiale war in der Friedrichstraße 179 an der Ecke zur Taubenstraße – sehr verkehrsgünstig im Einkaufsviertel der Stadt – gelegen. Auf dem Foto wirkt das Unternehmen freilich unbelebt. In jedem Fall ist die Eingangstür ① geschlossen, der Laden dunkel und die Schaufenster, in denen Anzüge, Krawatten, Schals und Handschuhe zu sehen sind, nicht beleuchtet.

Vor dem Eingang des Unternehmens sind – nach den typischen Mützen zu urteilen – drei SA-Männer postiert. Diese trug jedoch schwarze Uniformen, weshalb sie auf Schwarz-Weiß-

Fotos von der SA zu unterscheiden ist. Offenbar sind die Männer erst vor kurzer Zeit in die SA eingetreten, denn sie haben alle noch kein Rangabzeichen auf dem (von uns aus) rechten Kragenspiegel. Der mittlere und der linke SA-Mann haben zwar den Sturmriemen ihrer Mützen über das Kinn gezogen, um Einsatzbereitschaft zu signalisieren, schauen aber direkt in die Kamera und lächeln. Dies tut auch der rechte SA-Mann, der sich überdies so positioniert hat, dass er mit aufs Bild kommt ②. Dies lässt den Schluss zu, dass das Foto mit (stillem) Einverständnis der SA aufgenommen wurde. Es wäre den SA-Männern schließlich ein Leichtes gewesen das Foto zu verhindern. Über dem rechten SA-Mann kommt ein gedrucktes Plakat in den Blick ③: „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden“ ist dort in Frakturschrift zu lesen. Der Slogan nimmt die Argumentation des NS-Regimes auf, dass der „Boykott“ der als jüdisch betrachteten Unternehmen nur eine Reaktion auf die Berichte der ausländischen Pres-